

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Damen und Herren
Staatssekretärinnen und Staatssekretäre

nachrichtlich:
Herrn Präsidenten
des schleswig-holsteinischen Landtages

Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs

ausschließlich per Email

20. August 2021

Personelle und organisatorische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-Cov-2

Bezug: Mein Erlass vom 18. Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Erlass vom 18. Juni 2021 endet wie vorgesehen am 5. September 2021. Die Ressorts und Dienststellen kehren ab dem 6. September 2021 in den regulären Präsenzdienstbetrieb unter Beachtung der ggf. aktualisierten Hygienekonzepte vor Ort wieder zurück.

Bereits ab dem 23.08.2021 bitte ich diese Maßnahme vorzusehen:

Die geimpften oder genesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung leisten neben ihrer eigenen Gesunderhaltung einen hervorragenden Beitrag dazu, die betriebliche Sicherheit weiter zu erhöhen. Weitere Impffortschritte zu erzielen, ist daher oberstes Ziel in allen Dienststellen des Landes. Die Dienststellenleitungen bleiben daher nachdrücklich aufgefordert, durch gezielte Hinweise den weiteren Impffortschritt unter den Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst zu befördern. Besonderen Schutz verdie-

nen diejenigen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können. Ihrem Schutz gilt unser besonderes Augenmerk. Die Dienststellen werden daher das Testangebot bis auf Weiteres für alle Kolleginnen und Kollegen aufrechterhalten und ggf. intensivieren. Besonders angesprochen sind hierbei aber diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung, die aus sonstigen Gründen von einer Impfung bisher Abstand genommen haben, aber ihrer Rücksichtnahme auf die übrigen Kolleginnen und Kollegen folgend dafür regelhaft einen Eigentest vornehmen werden. Dieser soll wöchentlich zweizeitig wie bereits bisher erfolgen; die regelmäßige Durchführung eines Tests ist gerade für diesen Personenkreis ein Gebot der Solidarität und sollte eine Selbstverständlichkeit darstellen. Dieser Personenkreis wird nachdrücklich aufgefordert, das Testangebot der jeweiligen Dienststellen in Anspruch zu nehmen.

Diese vorsorgliche Strategie ist mit Nachdruck in den Dienststellen zu verfolgen, unter bestimmten Umständen auch durch individuelle Ansprachen, wenn entsprechende Hinweise oder Bekundungen dieses gebieten. Uns ist es bislang sehr gut gelungen, vernünftig mit den herausfordernden Bedingungen der Pandemiebekämpfung umzugehen. Dies soll auch bei Rückkehr in den Präsenzbetrieb gelten.

Ferner weise ich auf Folgendes gern hin:

Ich bitte nachdrücklich darum, die Möglichkeiten des Präsenzbetriebs auch bei der Entscheidung über eingehende Anfragen von Studierenden der Rechtswissenschaften, die ihr Pflichtpraktikum in Ihren Behörden absolvieren möchten, zu berücksichtigen. Hier sehe ich erheblichen Nachholbedarf. Während Referendarinnen und Referendare in den vergangenen Monaten weiterhin auch in den Dienststellen des Landes ausgebildet worden sind, haben es Studierende deutlich schwerer gehabt, entsprechende Stellen zu finden. Die Bedarfe haben sich summiert und sind aktuell deutlich erhöht. Erschwerend kommt hinzu, dass die verpflichtenden Praktika ausschließlich während der vorlesungsfreien Zeit absolviert werden können (aktuell noch bis zum 30.09.). Ich bitte daher dringend darum, auf diesen Problembereich ein besonderes Augenmerk zu richten.

Das einmonatige Verwaltungspraktikum im Rahmen des Jurastudiums ist für die Studierenden essenziell, da ohne einen entsprechenden Nachweis die Zulassung zum 1. Staatsexamen nicht erfolgen kann. Verzögerungen in diesem Zusammenhang sind nicht selten mit finanziellen Auswirkungen (z.B. BAföG) für die Studierenden verbunden. Zudem sind die verpflichtenden Praktika im Rahmen des Studiums in der Regel der erste Kontakt der Studierenden mit der Praxis. Eine positive erste Erfahrung im Rahmen eines Verwaltungspraktikums kann daher in Zeiten des Fachkräftemangels dazu beitragen, das Interesse der Studierenden für die öffentliche Verwaltung frühzeitig zu wecken und

Grundlage dafür sein, auch zukünftig auf die weiterhin dringend benötigten – besonders im öffentlichen Recht qualifizierten – juristischen Fachkräfte zurückgreifen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dirk Schrödter', with a long horizontal stroke extending to the right.

Dirk Schrödter